

Es sollte der Tag der Ärzte werden, und es wurde der Tag der Ärzte. Rund 20.000 vor allem niedergelassene Kolleginnen und Kollegen aus allen Teilen Deutschlands machten bei einer der größten Ärztedemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik am 18. Januar in Berlin ihrem Unmut über die Gesundheitspolitik Luft. Leistungskürzungen auf dem Rücken der Patienten, Honorarverfall und Regress – immer wieder war zu hören: „Es reicht!“ Rund 40 ärztliche und zahnärztliche Berufsverbände und Organisationen hatten zum öffentlichen Protest unter dem Motto „Gesundheit erhalten statt Mangel verwalten“ aufgerufen. Damit erreichte die Welle der Ärzteproteste der vergangenen Wochen und Monate ihren vorläufigen Höhepunkt. Auch der Marburger Bund, der im Konflikt mit den Arbeitgebern um einen eigenen Tarifvertrag für Klinikärzte steht, unterstützte die Aktion, daneben der Berufsverband der Arzt-, Zahnarzt und Tierärzthelferinnen.

Hoppe: Wenn es ernst wird, stehen wir zusammen

Die prall gefüllten Veranstaltungssäle des Maritim-Hotels an der Stauffenbergstraße sind gespickt von Transparenten und Plakaten mit Protestparolen: „Deutsche Ärzte sind überall geachtet – nur nicht in Deutschland“ – Um eine Infusionsflasche gruppiert: „Nachwuchsmangel, Honorarverlust, Bürokratie, Bonus-Malus-Keule – armer Tropf“ – „Ulla Schmidt: Zensur 6, Lauterbach in die Produktion“ – „Lieber wohnortnah versorgt als einen Platz auf der Warteliste“ – „Euro statt Punkte“ – „Freiheit für Ärzte“ – „Wir wollen heilen und nicht den Mangel verwalten“ – „Uns reicht's“. Sprechchöre und Trillerpfeifen heizen die Stimmung auf.

Der Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages, Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, zeigt sich „überwältigt von so viel ärztlicher Solidarität. Wenn es wirklich ernst wird, stehen wir Ärztinnen und Ärzte zusammen.“ Unter dem stürmischen Beifall

1.000 Botschaften an Ulla Schmidt

Rund 20.000 Ärztinnen und Ärzte demonstrierten in Berlin – Zorniger Protest gegen die Gesundheitspolitik

von Horst Schumacher

Budgetierungsschraube immer weiter anziehen mit der Folge, dass die Ärztinnen und Ärzte in der täglichen Praxis „in den Rationierungskonflikt getrieben werden“. Die ärztliche Therapiefreiheit dürfe nicht durch das Dogma der Beitragssatzstabilität begrenzt werden.

Die Ärzte stützen nach Hoppes Worten das Gesundheitswesen maßgeblich mit unbezahlten Überstunden und Mehrarbeit im Wert von zwölf Milliarden Euro. Doch werde das nicht anerkannt, im Gegenteil: Mit „staatlich verordneten Dumpingsätzen“ für privatärztliche Leistungen solle demnächst das Honorar nach unten nivelliert werden. Darüber hinaus werde die geplante Malus-Regelung bei der Verordnung von Arzneimitteln dazu führen, dass Ärzte mit Honorareinbußen bestraft werden, wenn sie ihre Patienten nach bestem Wissen und Gewissen behandeln. Daraus spreche ein von „unerträglichem Misstrauen geprägtes Arztbild“. Hoppe: „Wen wundert es da, dass die Ärzte in Deutschland

es satt haben und völlig demotiviert sind?“ Der Ärztepräsident verlangt mehr Anerkennung und mehr Freiheit für den Arztberuf und kündigt an: „Dafür werden wir kämpfen.“

„Gemeinsam sind wir stark“

Das unterstreichen Vertreter der Verbände mit deftigen Worten: „Das Maß ist voll – es reicht“, sagt Dr. Wolfgang Wesiak vom Berufsverband Deutscher Internisten. Die Versorgung verschlechtere sich trotz steigender finanzieller Belastungen der Patienten weiter. Nur 70 Prozent der vertrags-

Eine der größten Ärztedemonstrationen in der Geschichte der Bundesrepublik zog im Januar durch die Bundeshauptstadt.

Foto: PA/dpa



T H E M A

ärztlichen Tätigkeit werde von den Krankenkassen bezahlt. „Wir sind nicht die Melkkühe des Gesundheitswesens“, empört sich Wesiak. Die geplante Bonus-Malus-Regelung nennt er „zutiefst unethisch und unmoralisch“. Sie beschädige „in unerträglicher Weise“ die Patient-Arzt-Beziehung. „Auf welcher Seite stehen wir denn eigentlich? – Wir stehen auf der Seite der Patienten!“, ruft er. Sein Appell an die Kollegenschaft: „Gemeinsam sind wir stark, gemeinsam mit den Patienten sind wir eine Macht – packen wir es also gemeinsam an.“

Die „Liquidation der Facharztpraxis“ sieht Dr. Jörg-Andreas Rüggeberg von der Gemeinschaft fachärztlicher Berufsverbände bereits weit fortgeschritten: „Die Kollegen fliehen ins Ausland vor den Knebelungen der deutschen Gesundheitspolitik.“ Die Patienten hätten demnächst mit langen Wartelisten und einer fachärztlichen Versorgung „in anonymen Staatsapparaten“ zu rechnen. Rüggeberg: „Wir haben diesen Beruf ergriffen, um kranken Menschen zu helfen, und nicht um von einem kranken System umgebracht zu werden.“

Dr. Klaus Bittmann spricht für den Bundesverband der Ärztegenossenschaften Deutschlands und stellt klar: „Wir gehen auf die Straße nicht wegen unseres Geldes, sondern weil uns das Geld für die Patientenversorgung fehlt“. Er prangert die „Gesinnung“ des Bundesgesundheitsministeriums an: „Die wird sich nicht ändern und deshalb dürfen wir im Protest nicht nachlassen.“ Bittmann greift die Wendung der Bundeskanzlerin „Mehr Freiheit wagen“ auf und sagt: „Wir sind bereit.“

„Die Patienten halten zu uns“

„Kriegserklärung an die Hausärzte“ und „unnötiges Monstrum“ nennt Dr. Wolfgang Kreisler vom Haus-



In seinem Arztkittel marschierte Dr. Arnold Schüller, Internist aus Düsseldorf und Vizepräsident der Ärztekammer Nordrhein, in dem Protestzug zum Bundesgesundheitsministerium.

Foto: van Ark



Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und des Deutschen Ärztetages: Mehr Anerkennung und mehr Freiheit für den Arztberuf.
Foto: PA/dpa

ärzterverband Berlin-Brandenburg die geplante Bonus-Malus-Regelung. Wird diese Gesetz, will er sich nicht zum „Erfüllungsgehilfen“ machen und die Regelung boykottiert sehen. „Gesetze heilen nicht – Ärzte schon“, so Bittmann. Er habe das Vertrauen in die Politik verloren, aber: „Die Patienten halten zu uns.“

„Nur wenn wir gemeinsam auftreten, sind wir eine Macht.“ – So formuliert Dr. Frank-Ulrich Montgomery, der Vorsitzende des Marburger Bundes, die Unterstützung der Klinikärzte für den Protest der niedergelassenen Kollegen. Niedergelassene wie angestellte Ärzte haben nach seinen Worten mit den gleichen Problemen zu tun: Die chronische Unterfinanzierung und die „zermürbende, abwertende Haltung gegenüber denen, die Leistungen im Gesundheitswesen erbringen“.

Ärztinnen und Ärzte sind „traditionell leistungsbereit bis zur Erschöpfung, aber irgendwann ist Schluss – und jetzt ist es so weit“, sagt Dr. Astrid Bühnen, die Vorsitzende des Deutschen Ärztinnenbundes. Sie prangert die Arbeitsbedingungen der Ärztinnen und Ärzte an und fordert deren Recht ein, „ohne permanente Schuldgefühle auch ein Privat- und Familienleben zu führen.“ Wenn Ärztinnen ihrem Beruf nicht nachgehen können, weil das nicht mit der Familie zu vereinbaren ist, hält sie das für eine „unverantwortliche Verschwendung von Personalressourcen“. Angesichts des hohen Anteils von Frauen im Medizinstudium und des heute schon spürbaren Ärztemangels gibt Bühnen die Parole aus: „Die Zukunft der Medizin ist weiblich – oder sie ist gar nicht.“



Diese Ärztin will ihre Patienten nicht durch die Sparbrille betrachten müssen.

Foto: Johannes Aevermann.

„Ohne uns läuft im Gesundheitswesen nichts“, sagt Dr. Ekkehard Ruebsam-Simon von MEDI Deutschland, „wenn wir einig sind, können wir das Gesundheitswesen lahm legen – und wir sollten es tun.“ Er spricht von „Bürokratiestreik“ und einem „Ausstieg aus dem öffentlich-rechtlichen Zwangssystem“. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollen nach seiner Auffassung eine Bonus-Malus-Regelung nicht anerkennen: „Ich rufe die KV auf, zivilen Ungehorsam zu leisten und ein solches rechtswidriges Gesetz nicht anzuwenden. Wagen wir die Freiheit!“

Zum Schluss der Auftaktveranstaltung verabschieden die Ärztinnen und Ärzte eine Resolution mit ihren

Forderungen (*siehe Kasten unten*). Immer wieder stimmen sie Sprechchöre an: „Schmidt muss weg!“ Draußen warten Tausende Kolleginnen und Kollegen, die nicht mehr ins überfüllte Hotel passen, mit wachsender Ungeduld auf den Beginn des Demonstrationsmarsches zum Bundesgesundheitsministerium.

„Bedeutung des Mittelstandes erkennen“

„Die maßgeblichen Mitarbeiter im Bundesministerium für Gesundheit und Soziales setzen die in dieser Welt beispielhafte ärztliche Versorgung leichtfertig aufs Spiel“, sagt Dr. Martin Grauduszus, Präsident der Freien Ärzteschaft. Er setzt seine Hoffnungen auf die Bundeskanzlerin und fordert sie auf, „umgehend für Schadensbegrenzung im Gesundheitswesen zu sorgen.“ Grauduszus verlangt die Entlassung der Gesundheitsministerin. „Es werden Fachleute gebraucht, die den Mittelstand in seiner staatstragenden Bedeutung erkennen und die Freiberuflichkeit auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung schützen.“

Mit dieser Meinung steht Grauduszus nicht allein. Als sich das verschneite Gelände vor dem Bundesgesundheitsministerium mit Demonstranten füllt, erklingt aus der Menge immer wieder der Ruf: „Ulla raus!“

So weit geht der Vorsitzende des Hartmannbundes nicht. Aber auch Dr. Kuno Winn gibt sich selbstbewusst und sagt mit Blick auf die Demonstranten an die Ministerin gerichtet: „Sehen Sie sich diese Bilder gut an. An dieser geschlossenen deutschen Ärzteschaft kommen sie nicht mehr vorbei. Eine Neuordnung ohne unsere Beteiligung darf und wird es nicht geben. Wir werden weiterhin geschlossen kämpfen. Wir werden den Druck aufrechterhalten. Berlin ist nur der Auftakt.“

Ulla Schmidt ist nicht da. Ihre Botschaften an die Ministerin lassen die Demonstranten, befestigt an roten Luftballons, in den winterlichen Himmel über Berlin steigen. Die Ballons stehen auch „für 1.000 Aktionen, die wir in den nächsten Monaten in ganz Deutschland veranstalten werden.“



Der Freiberufler als Marionette von Krankenkassen und Politik? Foto: ddp

Resolution

Gesundheit erhalten statt Mangel verwalten!

„Wenn wir ein Land sein wollen, in dem wir ein Herz für Schwache haben, dann brauchen wir auch ein Herz für Leistung und auch ein Herz für mehr Leistung. Wir müssen stärker anerkennen, wenn sich Menschen engagieren, wenn sie etwas leisten und wenn sie etwas aufbauen. Diese Menschen verdienen nicht unseren Neid, sondern unsere Dankbarkeit.“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Regierungserklärung am 30. November 2005

Das muss auch für die Leistungsträger im deutschen Gesundheitswesen gelten!

Gemeinsam sind Ärztinnen und Ärzte, Arzthelferinnen und Patienten aus ganz Deutschland am 18.01.06 nach Berlin gekommen. Gemeinsam stehen wir auf gegen die permanente Entrechtung der freiberuflich tätigen Ärzte und Zahnärzte, wir stehen gegen die unhaltbaren Arbeitsbedingungen in Klinik und Praxis, wir stehen gegen die permanente Abwertung ärztlicher Arbeit und gegen die fortgesetzte Rationierung in der medizinischen Versorgung.

Dafür werden wir gemeinsam mit den Patienten streiten, damit wir in Deutschland auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige Medizin sicherstellen können. Heute ist erst der Auftakt!

Wir fordern:

Schluss mit den katastrophalen Arbeitsbedingungen

Weg mit der monströsen Kassenbürokratie.
Umsetzung der europäischen Arbeitszeitrichtlinie in deutschen Kliniken.
Der Arztberuf muss wieder attraktiv werden.

Schluss mit dem Aushungern des Gesundheitssystems

Weg mit der Rationierung und Schluss mit den Leistungskürzungen auf dem Rücken unserer Patienten.
Kassen zahlen nur zwei Drittel der erbrachten Leistungen.
500.000 Arzthelferinnen bangen um ihren Arbeitsplatz: Weg mit den Budgets.
Deshalb fordern wir eine leistungsgerechte Vergütung in Euro und Cent.

Gegen Versorgungsnotstand und Praxissterben

Schluss mit dem Ausbluten der Patientenversorgung.
Deutschland braucht eine flächendeckende und wohnortnahe medizinische Versorgung durch freiberufliche Praxen.

Für eine qualitativ hochwertige Medizin

Gegen Kahlschlag in der medizinischen Versorgung.
Gegen Staatsmedizin und Einheitsversicherung. Für die Teilhabe aller Patienten am medizinischen Fortschritt.

Wir wollen heilen statt den Mangel verwalten!